



Polizeireform:

Können Polizeibeamte Versetzungsverfügungen im Rahmen der Polizeistrukturereform wegen fehlender Dienstpostenbewertungen vor den Verwaltungsgerichten zu Fall bringen?

Anmerkungen der DPoIG zu dem von der CDU-Landtagsfraktion in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten von Prof. Dr. Christopher Lenz (Kanzlei Oppenländer)

Prof. Lenz kommt in seinem Gutachten abschließend zum Fazit, dass „bei entsprechend intensiver Ausübung der Klagerechte der Umsetzung der Polizeistrukturereform der Boden entzogen“ werden könnte. Er geht auch davon aus, dass Versetzungsverfügungen aufgrund seiner rechtlichen Bewertungen nicht vollzogen werden könnten, wenn betroffene Polizeibeamte mit einem Ortswechsel nicht einverstanden seien.

Klingt zunächst gut und macht Reformbetroffenen viel Hoffnung. Wahrscheinlich aber viel zu viel, wie die rechtliche Bewertung des Gutachtens durch die DPoIG zeigen soll.

Sicherlich besteht für das Land BW als Arbeitgeber seit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (vom 30. Juni 2011, Az. 2 C 19.10) Handlungsbedarf für eine gesetzliche Neuregelung hinsichtlich der Dienstposten-



Foto: Fotolia

bewertung beziehungsweise der Dienstpostenbündelung. Die Betrachtungen von Prof. Lenz sind jedoch sehr „monokausal“, wengleich die Kernaussagen gemessen an der höchstrichterlichen Rechtsprechung nicht von der Hand zu weisen sind.

Konkrete Aspekte zur Durchsetzung von vermeintlichen Rechtsansprüchen im Zuge der Polizeireform wurden eigentlich überhaupt nicht in den Blick genommen. Vielmehr werden allen Betroffenen sehr pauschal ganz große Hoffnungen gemacht, sich erfolgreich gegen ungewollte Versetzungsentscheidungen zu wehren.

Aufgrund Art. 70 der Landesverfassung kann der Gesetzgeber im Rahmen seines weiten Organisationsermessens die

innere und äußere Struktur seiner Behörden und Dienststellen regeln, was er mit dem Polizeistrukturereformgesetz umfassend gemacht hat. Und die Umsetzung dieser gesetzlichen Regelungen haben zwangsläufig auch umfangreiche, personelle Konsequenzen.

senabwägung vornehmen zwischen dem öffentlichen Interesse und den individuellen Interessen.

Ein das öffentliche Interesse überwiegendes persönliches Interesse des Betroffenen an der Anordnung der aufschie-

ben Wirkung dürfte allerdings nur dann anzunehmen sein, wenn seine Erfolgsaussichten in der Hauptsache (im Klageverfahren) voraussichtlich sehr gut sind, das heißt, wenn der Verwaltungsakt der Versetzung gewissermaßen offensichtlich rechtswidrig ist.

Es ist nicht zwingend anzunehmen, dass die Gerichte lediglich wegen des Fehlens einer Dienstpostenbewertung eine amtsunangemessene Beschäftigung erkennen und die Versetzungsverfügungen aufheben würden.

Wie auch immer, es werden letztlich Einzelfälle zu prüfen sein. Insbesondere mit Blick auf die bisherige und die zukünftige Funktion und Tätigkeit. Eventuell können sich dabei unterschiedliche Bewertungsergebnisse bei Sachbearbeiter- beziehungsweise Führungsfunktionen ergeben.

Ein möglicherweise individuelles Rechtsschutzbedürfnis liegt überdies frühestens mit Bekanntgabe der formellen Versetzungsentscheidung in Form eines Verwaltungsaktes vor. Dies wird voraussichtlich Anfang Dezember 2013 der Fall sein.

Widersprüche und Klagen sind mitunter sehr langwierig und beides hat bei Versetzungsentscheidungen keine aufschiebende Wirkung. Das heißt, der/die Betroffene muss der Versetzungsverfügung zunächst Folge leisten.

Gegebenenfalls könnten Betroffene versuchen, die aufschiebende Wirkung durch einen Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO anordnen zu lassen. Die Verwaltungsgerichte werden dabei jedoch eine Interes-

Impressum:

Redaktion: Sabine Dinger
(V. i. S. d. P.)
Schwabenstraße 4
76646 Bruchsal
Telefon 07251.5710
E-Mail: sabine.dinger@dpolg-bw.de

Landesgeschäftsstelle:
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon 0711.245141
Telefax 0711.2361053
Internet: www.dpolg-bw.de
E-Mail: info@dpolg-bw.de
ISSN 0723-1830



DPoIG zeigt den Weg!



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

Zentrale Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit am 03.10.2013 in Stuttgart

Zum 23. Mal finden die Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit statt

Die Höhepunkte der Zentralen Feierlichkeiten am 2. und 3. Oktober 2013 bestehen aus dem zweitägigen Bürgerfest unter dem Motto „Zusammen einzigartig“ in der Stuttgarter Innenstadt und den traditionellen protokollarischen Feierlichkeiten. Hierzu gehören der Ökumenische Gottesdienst unter dem Motto „Solidarität“ in der Stiftskirche (3. Oktober, 10 Uhr) und der Festakt in der Liederhalle (3. Oktober, 12 Uhr).

Die DPoIG Baden-Württemberg heißt alle Einsatzkräfte herzlich Willkommen in Stuttgart!



Die EINIGKEITSFEIER wirft große Schatten voraus ...

Zentrale Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2013 in Stuttgart.

Es ist das 23. Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, dass es Feierlichkeiten anlässlich der Wiedervereinigung geben wird. Diesmal findet das Fest in Baden-Württemberg in der Landeshauptstadt Stuttgart statt. Ein Fest für alle Bürger und ein Großeinsatz für die Polizei. Es werden zwischen 300 000 und 500 000 Besucher erwartet, davon 1 400 offizielle Gäste.

Die Planungen laufen seit Jahresbeginn auf Hochtouren. Das Motto „Zusammen einzigartig“ – *Das Bürgerfest in der Stuttgarter Innenstadt* gilt auch für die Planer und Taktiker dieser Einsatzlage: Sicherheit so viel wie möglich, Einschränkungen so wenig wie nötig. Dieses Vanquespiel ist für alle nicht einfach. Zudem überwachen die Personal- und Berufsvertre-

tungen die Einsatzplanungen mit Argusaugen.

Um die nötige Transparenz herzustellen, lud das Polizeipräsidium Stuttgart den örtlichen Personalrat bereits zu allen Einsatzvorbesprechungen ein. Zur großen Informationsveranstaltung am 12. September 2013 wurden zusätzlich der Hauptpersonalrat, die betroffenen Bezirkspersonalräte und die Leitungen der Berufsvertretungen eingeladen.

Alle geladenen Gäste verfolgten die zweistündige Präsentation mit großem Interesse. Dabei wurde bekannt, dass an den Einsatztagen 2. Oktober 2013 circa 1 350 und am 3. Oktober 2013 circa 3 300 Beamtinnen und Beamte eingesetzt werden. Hiervon werden insgesamt 600 Kolleginnen und Kollegen in Stuttgart übernachten.

Dies bedeutet, dass nicht nur die Planungen des Polizeipräsidiums der Landeshauptstadt auf Hochtouren laufen. Auch der Bezirk Stuttgart in Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand und der Geschäftsstelle haben in den vergangenen Wochen die Einsatzbetreuung unserer Kolleginnen und Kollegen im Visier. Eine Begleitung während des Einsatzes ist für uns selbstverständlich. Auch wir haben es mit Schwierigkeiten zu tun, denn viele Funktionäre der Stuttgarter DPoIG haben in diesem Fall eine Doppelfunktion und werden natürlich primär zum Dienst herangezogen.

Doch was wäre eine Gewerkschaft, wenn hier die Solidarität nicht groß geschrieben würde? Natürlich werden wir durch die Unterstützung anderer Funktionäre während der Tage vor Ort sein und die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen im Einsatz begleiten. Ob es sich um Stadtpläne für

die auswärtigen Kollegen, um ein Einmaleins des Schwäbischen, um einen Sammlerpin oder um die üblichen kleinen Mitbringsel handelt, wir werden es an den Mann (und natürlich an die Frau) bringen. Die Verpflegungsstationen werden mit DPoIG-Ständen bestückt und jede Kollegin und jeder Kollege hat die Möglichkeit, mit der DPoIG in Kontakt zu treten. Wir werden hierzu Teams einteilen, die Früh- und Spätschichten abdecken.

Auch die DPoIG-Betreuungshotline wird wie immer geschaltet sein. Bei Bedarf kann einfach die Nummer 01805.110102 angerufen werden. Wir stehen mit Rat und Tat zur Seite. Alles in allem hoffen wir auf ein schönes Bürgerfest, das einen friedlichen Verlauf nimmt und unsere Kolleginnen und Kollegen nach Einsatzende wieder gesund zu ihren Familien nach Hause kommen lässt. ■



Berthold Kibler fordert Bildungsetat für die Aus- und Fortbildung

Angesichts der Veränderungen und Herausforderungen in der Aus- und Fortbildung hat der stellvertretende DPolG-Bezirksvorsitzende Berthold Kibler (Biberach) die DPolG-Forderung nach einem eigenen Bildungsetat für die zukünftigen Bildungseinrichtungen bekräftigt.

„Wenn wir den Herausforderungen der Zukunft und den gewachsenen Anforderungen an den Polizeidienst Rechnung tragen wollen, dann dürfen wir nicht weiterhin eine Fortbildung nach Kassenlage akzeptieren. Die Fortbildung krankte in der Vergangenheit mit an den dezentralen Haushalten der Dienststellen, die zu Beginn des Jahres noch die Teilnahme an Lehrgängen und Schulungen möglich machten, weil Geld dafür vorhanden war. Ab Jahres-

mitte mussten immer mehr Fortbildungslehrgänge abgesagt werden, weil die Kassen leer waren. Wenn wir das System beibehalten, können wir in wenigen Jahren die Fortbildungsstätten komplett schließen und den weiteren Qualitätsverlust nicht mehr aufhalten,“ warnte Berthold Kibler.

Seit Jahren stand die Akademie der Polizei auf dem Prüfstand. Hunderte von tollen Fortbildungsangeboten konnten die

Auslastung der Fortbildungseinrichtung nicht sicherstellen, weil man von der Haushaltssituation der Polizeidienststellen abhängig war. Nur in ganz wenigen Bereichen gab es Pflichtlehrgänge.

Kibler weiter: „Wir sind fest davon überzeugt, dass die zukünftige Hochschule für Polizei mit ihren verschiedenen Bildungseinrichtungen durch einen eigenen Bildungsetat in die Lage versetzt werden muss, ganzjährig eine Fortbildung sicherzustellen, um damit den polizeilichen Bildungsnotstand zu beenden. Nur wenn die Lehrgänge kostenneutral angeboten werden können, kann der Bildungsträger seine Aufgaben umfassend erfüllen. Überdies stellt sich die ganz konkrete Frage danach, welche Kenntnisse und



Fähigkeiten der einzelnen Kollege/die Kollegin im eigenen polizeilichen Tätigkeitsbereich benötigt, welche in der Ausbildung vermittelt wurden und welche Fortbildungsinhalte vermittelt werden müssen. Wir haben Verständnis dafür, dass wir in Jahren knapper Haushaltslagen die Kür reduzieren und die Pflicht erfüllen müssen. Aber diese Pflicht muss unbedingt erfüllt werden. Das ist nicht zuletzt auch aktive Fürsorge für diejenigen, die sich tagtäglich um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger bemühen!“ ■

Matthias Wenz (LKA) übernimmt Vorsitz der Beamtenbund-Jugend Baden-Württemberg

Der Landesjugendausschuss der Beamtenbund-Jugend Baden-Württemberg, die mit Abstand stärkste Nachwuchsvertretung im öffentlichen Dienst Süddeutschlands, wählte Matthias Wenz einstimmig zum Vorsitzenden.

Mit Matthias Wenz von der JUNGEN POLIZEI (DPoIG) wurde ein erfahrener Nachwuchsgewerkschaftler an die Spitze der gewerkschaftspolitischen Nachwuchsorganisation des Dachverbandes gewählt. In den vergangenen sechs Jahren war er bereits stellvertretender Vorsitzender. Darüber hinaus ist er seit 13 Jahren in der JUNGEN POLIZEI aktiv. Im Jahr 2002 hatte er den Bezirksvorsitz in Stuttgart übernommen. Seit 2001, mit

Unterbrechung durch das Studium an der HfPol, versieht er seinen Dienst beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg.

Die BBW-Jugend (Beamtenbund-Jugend BW) ist die Nachwuchsorganisation des BBW Beamtenbund und Tarifunion Baden-Württemberg. Sie vertritt die Interessen der jugendlichen Beschäftigten im öffentlichen Dienst und den privatisierten Dienstleistern wie Bahn und

Post. Ob Tarifbeschäftigte oder Beamte – alle im Alter zwischen 16 und 27 Jahren gehören automatisch der BBW-Jugend an, wenn sie Mitglied in einer Mitgliedsgewerkschaft des BBW wie beispielsweise der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) sind. Dabei werden die Interessen der jungen Mitglieder in der BBW-Jugend durch die Gremien und Mandatsträger der JUNGEN POLIZEI, der DPoIG-Nachwuchsorganisation, vertreten.

Die BBW-Jugend versteht sich auch als gesellschaftspolitische Kraft. Neben der Jugendarbeit sind beispielsweise Jugend- und Umweltpolitik, innere Sicherheit, Bildung, Europa und Globalisierung feste Themen



auf der BBW-Jugend-Agenda. Weiterbildung und Kommunikation werden großgeschrieben. Regelmäßige Seminare zu jugend- und gewerkschaftspolitischen Themen, aber auch zum persönlichen Training (Rhetorik, Auftreten und vieles mehr) gehören seit jeher zur Angebotspalette der BBW-Jugend. ■



Deutscher Beamtenbund beruft Ralf Kusterer in Expertengremium

Der stellvertretende Bundesvorsitzende Ralf Kusterer (Baden-Württemberg) ist seit Jahren ein gefragter Experte im Personalvertretungsrecht, der insbesondere durch seine Erfahrungen in der Praxis nicht nur als Referent gerne nachgefragt wird. Jetzt hat ihn der Bundeshauptvorstand des dbb beamtenbund tarifunion in sein Bundes-Expertenteam berufen.

Es mögen mehrere Tausend Personalratskollegen/-innen quer durch alle Fachressorts in Baden-Württemberg gewesen sein, die Ralf Kusterer bereits als Referenten erleben konnten. Außerhalb hat er sich insbesondere nach der Wiedervereinigung in Sachsen und Sachsen-Anhalt für eine mitar-

beiterorientierte Interessensvertretung engagiert. „Für mich ist wichtig, dass wir die Personalratsarbeit nicht als Selbstzweck verstehen und uns in Kleinkriegen mit den Dienststellenleitungen zerfleischen. Wichtig ist, dass wir die Interessen der Kolleginnen und Kollegen nachhaltig vertreten



können. Mit einem gesunden Menschenverstand, dem Ohr bei den Beschäftigten und einer fachlich unterlegten Vertretungskultur können wir viel erreichen“, so Kusterer vor seiner ersten Sitzung in Berlin.

Der Bundeshauptvorstand beruft zur Unterstützung der Bundesleitung und der Gremien sogenannte Grundsatzkommissionen. Neben Kommissionen, die primär verbandsintern wirken, wie etwa für Haushalts-, Satzungs- und Organisationsfragen, werden Experten für besondere Fachgebiete in die Grundsatzkommissionen **Bildung- und Versorgung, Arbeitsmarkt und Privatisierung, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Seniorenpolitik, Europapolitik, Verkehr- und Technik, innere Sicherheit, Schule, Bildung und Wissenschaft sowie für das Personalvertretungsrecht** berufen. ■

Zulassung zum gehobenen PVD

Ingo Tecquert sieht bei Bewerbungsschluss 2013 Einsatzbeamte benachteiligt

Das Innenministerium hat den Bewerbungsschluss für die Zulassung zum Aufstieg in den gehobenen PVD auf November 2013 vorverlegt, damit die bisherigen Organisationen das noch bearbeiten. Darin sieht Ingo Tecquert, stellvertretender DPoIG-Bezirksvorsitzender Bereitschaftspolizei, eine massive Benachteiligung derjenigen Kollegen, die im März ihre Wartezeiten erfüllt hätten und jetzt erst im Jahr 2015 an der Auswahlprüfung teilnehmen können.

„Ich habe Verständnis dafür, dass man auf die Erfahrungen der bisherigen Sachbearbeiter/-innen nicht verzichten möchte. Aber man muss dabei auch an die betroffenen Kolleginnen und Kollegen denken. Wir hatten uns bisher dafür einge-

setzt, dass der Bewerbungsschluss im März liegt, damit sich die Einsatzbeamten in den neuen Versetzungsdienststellen bewerben können. Wenn der Termin jetzt vorgezogen wird, erfüllen viele Betroffene die Fünfjahresfrist nicht und

können sich vermutlich nicht bewerben. Damit verlieren diese Beamten mehr als ein Jahr. Vielen läuft im wahrsten Sinne die Zeit davon. Das muss bei den Regelungen berücksichtigt werden“, so Ingo Tecquert (Bruchsal).

Mit der Entscheidung, das Auswahlverfahren 2013 in der alten Organisationsstruktur zu starten und den Bewerbungstermin vorzuziehen, steigt die Enttäuschung der Aufstiegswilligen. Viele Fragen sind offen. Welche Zulassungsbehörde ist zuständig? Wer konkurriert mit wem? Wie errechnen sich die Quoten auf die einzelnen Dienststellen? Welcher Personalrat ist zuständig?



Bisher bekannt ist unter anderem:

- > Die Bewerbungen können **ab sofort** bei den Zulassungsbehörden erfolgen.
- > Der **Bewerbungsschluss** wurde auf Montag, **4. November 2013** festgelegt.
- > Die **Quoten** werden nach dem Bewerbungsschluss **in der alten Welt** berechnet.
- > **Schriftlicher Teil des Auswahlverfahrens im Frühjahr 2014.**
- > **Bekanntgabe der Ergebnisse** spätestens im **Juni 2014.** ■



Wechsel beim Kreisverband Ravensburg

Nach über 29 Jahren als Kreisvorsitzender übergab Axel Klaffke den Vorsitz des Kreisverbands Ravensburg an seinen Stellvertreter Siegfried Traub.

In der gut besuchten Hauptversammlung am 11. Juli 2013 konnte Axel Klaffke den Leiter der Polizeidirektion, Herrn Uwe Stürmer, seinen Stellvertreter, Herrn Josef Hiller, sowie den Landesvorsitzenden unserer DPoIG, Joachim Lautensack, herzlich begrüßen. Nach einem Grußwort des PD-Leiters nahm der Kreisvorsitzende den Wechsel zum Anlass, die Entwicklungen des KV RV während seiner Amtszeit kurz darzustellen.

Am 17. April 1984 wurde Axel Klaffke zum Vorsitzenden des KV Ravensburg gewählt, nachdem er zuvor von 1981 bis 1984 Jugendvertreter im KV war. Der Kreisverband hatte zu diesem Zeitpunkt 147 Mitglieder und 14,66 DM auf dem Konto. An seinen Nachfolger Sigggi Traub konnte er nun 220 Mitglieder und circa 4 000 Euro übergeben.

Eine Erfolgsgeschichte des KV RV unter der Führung von Axel Klaffke war jedoch nicht nur die Mitgliederentwicklung und die finanzielle Ausstattung des KV, sondern auch in besonderem Maße die Entwicklung und das Ansehen der DPoIG in den Personalvertretungen vor Ort, im Regierungsbezirk und auf Landesebene. So war Axel Klaffke selbst zwölf Jahre im ÖPR der PD RV, ist seit 1993 ununterbrochen im BPR des Regierungsbezirks Tübingen, zuletzt mit den weitaus meisten Stimmen aller Kandidaten gewählt, und seit 2001 Stellvertreter von Joachim Lautensack im HPR.

Mit seinem Stellvertreter Sigggi Traub konnte die DPoIG erst-



► Jubilare mit PD-Leiter Uwe Stürmer (links), Jogi Lautensack (Vierter von links), Axel Klaffke (sechster von rechts) sowie dem neu gewählten Führungsduo Helena Jung und Sigggi Traub (rechts).

mals den Vorsitzenden des ÖPR bei der PD Ravensburg stellen. Außerdem kam die DPoIG bei den letzten Wahlen zum BPR in TÜ der GdP so nahe, dass der BPR-Vorsitz lediglich über Losentscheid an die GdP ging.

Auch auf Gewerkschaftsebene war der Kreisverband äußerst erfolgreich. So ist Axel Klaffke seit vielen Jahren stellvertretender Bezirksvorsitzender, wurde Beisitzer im Landesvorstand und zuletzt zu einem der stellvertretenden Landesvorsitzenden in BW gewählt und bestätigt. Sein Stellvertreter Sigggi Traub wurde mittlerweile ebenfalls zum stellvertretenden Bezirksvorsitzenden gewählt.

Ein weiteres Mitglied des Kreisverbandes, Uschi Korn, vertritt heute ebenfalls sehr erfolgreich die DPoIG auf Kreis-, Landes- und Bundesebene. 1992 wurde sie erstmals als Vertreterin für die Verwaltung in den Kreisvorstand gewählt und anschließend in gleicher Funktion in den Landesvorstand. Vor Kurzem wurde sie zudem als Beisitzerin in den Bundesvorstand gewählt. Außerdem ist sie Bezirksvorsitzende des BBW. Leider stand sie zur Wiederwahl in den Kreisvorstand nicht mehr zur Verfügung.

Im weiteren Geschäftsbericht informierte Axel Klaffke die Teilnehmer über die vielfältigen Aktivitäten des Kreisverbandes, unter anderem zur Auszeichnung des marodesten Dienstgebäudes (Revier Ravensburg), zur Polizeireform, den Protestveranstaltungen in Stuttgart und der allgemeinen Mitgliederbetreuung. Im Anschluss an den Geschäftsbericht konnte der Kreisvorsitzende zusammen mit dem Landesvorsitzenden mehrere Mitglieder für 25-jährige und 40-jährige Mitgliedschaft in einer demokratischen Gewerkschaft mit der Überreichung von Urkunde, Ehrennadel und einem besonderen Geschenk ehren.

Nach dem Bericht des Schatzmeisters und der Kassen- und Rechnungsprüfer wurden von Joachim Lautensack die Neuwahlen vorgenommen. Der Kreisvorstand wurde wie folgt einstimmig neu gewählt:

■ Kreisvorstand

Vorsitzender:
Siegfried Traub
stellvertretende Vorsitzende:
Helena Jung
Geschäftsführer:
Hansjörg Hofmann
Kassier:
Gerhard Hueber

Kassenprüfer:
Ralf Pohl und Eugen Merk
Tarifbeauftragte:
Sabine Schmid
Beisitzer:
Axel Klaffke

► Vertrauensleute

PR Ravensburg:
Sylvio Ehrhart
PR Weingarten:
Angelo Rizzolo
PR Wangen:
Michael Kuhn
Kripo Ravensburg:
Werner Flock
APRev Kisllegg:
Volker Standt

Erfreulich für den Kreisverband, dass mit Helena Jung und Sabine Schmid frisches Blut in den Vorstand gewählt wurde, worüber wir uns besonders freuen und uns für ihre Bereitschaft, im KV mitzuarbeiten, nochmals herzlich bedanken.

Mit Spannung erwarteten die Teilnehmer den Vortrag unseres Landesvorsitzenden Jogi Lautensack, welcher über die aktuelle Lage der Polizei und der Beamtenschaft in BW berichtete. Gewohnt engagiert und informativ waren seine Ausführungen, sodass in der anschließenden Diskussion kaum noch offene Fragen zu beantworten waren. ■



Hannes Küchle in Ruhestand verabschiedet

Einer der Pioniere der DPolG im Landkreis Göppingen wurde im August, kurz nach seinem 60. Geburtstag, in den Ruhestand verabschiedet. Als die DPolG noch PDB hieß, war Hannes Küchle als einer der ersten Funktionäre bei der Bereitschaftspolizei im dortigen Ortsverband aktiv unterwegs. Dies änderte sich auch nicht, als er im Februar 1986 zum Autobahnpolizeirevier Mühlhausen wechselte. Als Vorsitzender des Ortsverbands Autobahnpolizei Mühlhausen

fusionierten er und seine zahlreichen Mitstreiter nach der „Autobahnreform“ mit dem Kreisverband Göppingen.

Jetzt kann er sich in seinem neuen Lebensabschnitt den agilen Pensionären der DPolG widmen und die ihm auf Lebenszeit übertragenen Aufgaben der Gewerkschaft wahrnehmen. Der Kreisverband Göppingen gratulierte seinem Hannes Küchle und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute. ■



> Wechsel beim APRev Mühlhausen: Hannes Küchle (links) geht – Dietmar Hetzler (rechts) übernimmt.

Sommergrillfest des KV Karlsruhe

Für unser Sommergrillfest hatten wir eigentlich strahlenden Sonnenschein geordert – leider blieb es hier aber beim frommen Wunsch. Von den kühlen Temperaturen und ständigen Schauern ließen wir uns aber nicht abhalten und so folgten viele Gäste auch in diesem Jahr der Einladung der DPolG unter die wettergeschützte Pergola des Polzeisportvereins, sodass einige Stunden dem Wetter getrotzt werden konnte. Das Karlsruher Team aus fleißigen Helfern sorgte wie bereits bei den vorangegangenen Grillfesten mit Süßem und Herzhaftem, kühlen oder wärmenden Getränken sowie Heißem vom Grill bestens fürs leibliche Wohl.

In diesem Rahmen freuten wir uns auch, eine seit der Jahreshauptversammlung noch ausstehende Ehrung gebührend nachholen zu können: Unser (auch im [Un-]Ruhestand) sehr aktiver und gerade auf politischer Ebene sehr engagierte Unterstützer Manfred Bilger wurde durch den Landesvorsitzenden Joachim Lautensack für seine Treue in seiner 50-jährigen Mitgliedschaft in einer demokratischen Gewerkschaft geehrt. Als Dank erhielt er neben einer Urkunde und der Ehrennadel des Landesverbands auch ein kleines Präsent des KV Karlsruhe. Daneben rang Manfred dem Landesvorsitzenden das Versprechen ab, auch zu den

kommenden 60- und 70-jährigen und weiteren Jubiläen eine Urkunde zu erhalten.

Bei einer Tombola ergatterten außerdem viele der Gäste einen kleinen oder etwas größeren Gewinn. Daneben war reichlich Gelegenheit, sich über ein Wiedersehen mit Kolleginnen und Kollegen zu freuen und sich zu unterhalten, nicht nur über dienstliche Themen. ■



Berlin-Seminar mit interessanten Führungen und Einblicken hinter die Kulissen der Politik

Die 25 Teilnehmer des diesjährigen Berlin-Seminars kamen aus allen Teilen Baden-Württembergs. Für die ersten Teilnehmer begann die Fahrt am Mittwoch in den frühen Morgenstunden bei der Bereitschaftspolizei in Biberach. Die beiden letzten Teilnehmer wurden beim Autobahnpolizeirevier Kirchberg/Jagst aufgenommen. Unser Busfahrer Hennes chauffierte uns in altbewährter Weise, mit seinem ruhigen und entspannten Fahrstil, zum Hotel „Hamburg“ in Berlin.

Nach dem Zimmerbezug und dem guten Abendessen hatten wir das Vergnügen, einen Vortrag von Thomas Habich, welcher über aktuelle politische Fragen referierte, zu genießen. Es ist eine wahre Freude, diesem Mann zuzuhören und auch Dinge zu erfahren, was hinter den Kulissen der Politik „so abgeht“.

Am Donnerstag fuhren wir nach dem Frühstück zum Potsdamer Platz. Durch einen kompetenten und sachkundigen Stadtführer wurden uns die Geschichte und die Veränderungen rund um den Potsdamer Platz dargestellt. Nach der Stadtführung fuhren wir mit einem Schnellaufzug auf den Kohlhoff-Tower, von welchem man einen herrlichen Rundblick über den Potsdamer Platz und das restliche Berlin hatte.

Nach dem Mittagessen fand eine Stadtrundfahrt unter dem Motto: „Berlin – im Wandel der Zeit“ – statt. Auch hier erhielten wir ausführliche Erläuterungen, wie sich die Stadt in den letzten Jahrzehnten verändert hat. Durch einige kurze Fußmärsche wurde die Stadtrundfahrt angereichert.

Danach fand eine Führung in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS durch einen ehemaligen Inhaftierten statt. Bereits bei seiner Begrüßung wurde uns klar, wie die Menschen in dieser Haftanstalt gelitten haben müssen. Nach der interessanten, aber auch unheimlichen Führung fuhren wir etwas nachdenklicher zum Hotel „Hamburg“ zurück, wo uns bereits das Abendessen erwartete.

Am Freitag stand dann die Besichtigung des Paul-Löbe-Hauses und des Reichstages auf dem Programm. Nach einer Sicherheitskontrolle wurde wir im Paul-Löbe-Haus vom Bundestagsabgeordneten des Landkreises Biberach, Herrn Josef Rief, empfangen. Nach einer circa einstündigen Gesprächsrunde führte er uns durch das Paul-Löbe-Haus und über das angrenzende Abgeordnetenhaus ins Reichstagsgebäude. Dort nahmen wir an einer 45-minütigen Plenarsitzung teil. Die geplante Besichtigung der Reichstagskuppel fiel wegen eines Staatsempfanges aus.

Nach dem Mittagessen ging es dann zur Landesvertretung Baden-Württemberg. Dort wur-

den wir durch den Leiter der Landesvertretung empfangen. Er stellte uns seine Tätigkeit und die Aufgaben der Landesvertretung vor. Nach einer kurzen Führung im Haus fuhren wir weiter zur Schiffsanlegestelle an der Spree. Dort begann eine historische Bootsrundfahrt. Vorbei am Reichstag, den Abgeordneten Häusern, dem Kanzleramt und der Museumsinsel kehrten wir nach circa einer Stunde wieder zum Ausgangsort zurück. Es war schon interessant, die historischen Gebäude von der Spree aus anzusehen.

Am Samstag fuhren wir dann nach dem Frühstück in die alte Garnisonsstadt Potsdam. Vor der Glienicker Brücke, wo früher die Agenten zwischen Ost und West ausgetauscht wurden, nahmen wir unsere Stadtführerin Frau Jung auf und begannen eine zweistündige Stadtrundfahrt in Potsdam. Frau Jung ist mit Leib und Seele mit ihrer Heimatstadt Potsdam verbunden und so kamen auch die Erläuterungen der kompletten Stadtrundfahrt aus voller Leidenschaft und von Herzen zu uns herüber. Nach dem Mittagessen hatten wir eine Führung im Park Sanssouci mit weiteren

historischen und informativischen Erläuterungen zum Park und seinem Erbauer Friederich II. beziehungsweise den weiteren Nutzern. Nach dem Park Sanssouci gab es noch eine Besichtigung des Neuen Palais.

Danach fuhren wir voll neuem Wissen und auch etwas erschöpft zurück zum Hotel „Hamburg“ in Berlin. Am Sonntag war dann schon wieder unser Rückreisetag.

Das komplette Seminar war sehr gut durch die Konrad-Adenauer-Stiftung vorbereitet beziehungsweise organisiert und gab uns Einblicke in die Vergangenheit und die Gegenwart der Großstadt Berlin mit heiteren und besinnlichen Momenten. Doch ganz ohne das Engagement unseres altbewährten und hervorragenden Reiseleiters Heinz Kosok würden die Seminare nicht so abwechslungsreich und geordnet ablaufen. Wir hoffen, dass Heinz uns noch lange auf den Reisen begleiten und betreuen wird.

Deshalb möchte ich ihm im Namen aller Reiseteilnehmer ein herzliches Dankeschön sagen.

Horst Georgii



Die Reiseteilnehmer vor dem Haus der Landesvertretung Baden-Württemberg in Berlin



> Info

Einladung

zur Jahreshauptversammlung
des DPoIG-Kreisverbandes Heidelberg
am Dienstag, 29. Oktober 2013, 15 Uhr
Polizeidirektion Heidelberg
69115 Heidelberg, Römerstraße 2-4,
Lehrsaal

Wir laden alle Mitglieder recht herzlich zu unserer
Jahreshauptversammlung 2013 ein.

Wir hoffen auf zahlreiches Erscheinen unserer Mitglieder.
Ein kleiner Imbiss und alkoholfreie Getränke werden gereicht.

> Seminar

7. Dezember bis 11. Dezember 2013 Abschlussseminar

Bad Königshofen Erfurt – Weimar und Eisenach

Politisches und kulturelles Informationsseminar Fahrt ab Biberach/
Riß – Ulm – Stuttgart – Weinsberg – Würzburg – Bad Königshofen

Leistungen:

- > 3-Sterne-Hotel „Ebner“ mit Vollpension
- > Tagesexkursion nach Erfurt – Stadtführung
- > Besuch der Birthler-Behörde in Erfurt
- > Exkursion nach Eisenach – Führung Warthburg
- > Politisches Programm; Vortag: „Europa – China“

Teilnehmerbeitrag: 190 Euro/Person für Mitglieder

Anmeldungen an:

| | | |
|-----------------------------|------|--------------------|
| DPoIG-Landesgeschäftsstelle | oder | Heinz Kosok |
| Kernerstr. 5 | | Am Schlegelberg 12 |
| 70182 Stuttgart | | 88447 Warthausen |
| Tel.: 0711.245141 | | Tel.: 07351.6272 |
| Fax: 0711.2361053 | | Fax: 07351.1 7540 |

Programmänderungen vorbehalten

DPoIG-Wonneproppen: Web-Siegerinnen des Monats September 2013

Viele DPoIG-Mitglieder klickten
sich durch die Fotogalerie der
DPoIG-Wonneproppen und
wählten dadurch die Wonne-
proppen-Siegerinnen des
Monats September 2013!

Die Babys mit den meisten
Klicks haben gewonnen.

Herzlichen Glückwunsch
an die Web-Sieger-Babys
Lena und Mona Kuhlmann.

Die Eltern erhalten von der DPoIG ein Präsent. ■



Wonneproppen-Kandidaten Oktober 2013

Heute stellen wir Ihnen die Kandidaten zur Wahl des Wonne-
proppens des Monats Oktober 2013 vor, die ihre Bewerbung
bis zum Redaktionsschluss eingereicht
haben. Bitte stimmen Sie unter
www.dpolg-bw.de ab und wählen Sie
den DPoIG-Wonneproppen des Monats
Oktober 2013.

Den Web-Sieger stellen wir jeweils
in der folgenden Ausgabe des
POLIZEISPIEGELS vor. ■

